

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Benin - 1999

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (2000) : Benin - 1999, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1999: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 92-96

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301817>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Benin - 1999

Fläche: 112.622 km², **Einwohner:** 5,9 Mio., **Hauptstadt:** Porto Novo (Regierungssitz: Cotonou), **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 53 J., **Alphabetisierung:** 34%, **HDI:** 0,332, Rang 30, **Wechselkurs:** \$ 1 = F CFA 651, **Pro-Kopf-Einkommen:** 380 \$, **BSP:** \$ 2.252 Mio., **Anteile am BIP:** 37% - 13% - 50%, **Hauptexportprodukte:** Baumwolle 43%, Erdöl 2%, **Staats- und Regierungschef:** Mathieu Kérékou, wesentliche **Regierungsparteien:** Front d'Action pour le Renouveau et le Développement (FARD-Alafia), Parti Social-Démocrate (PSD), Mouvement Africain pour la démocratie et le progrès (MADEP); wesentliche **Oppositionsparteien:** Renaissance du Bénin (RB), Parti du Renouveau Démocratique (PRD).

Die relativ konfliktfreien Parlamentswahlen Ende März galten als Indiz der weiteren Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses. In der zersplitterten Parteienlandschaft von weit über hundert Parteien hatten allerdings machtpolitisch motivierte Kontroversen Vorrang vor inhaltlicher Auseinandersetzung, wie das Beispiel der schleppenden Fortschritte des Dezentralisierungsprogramms oder die Blockierung des Staatshaushaltsgesetzes im Parlament durch die Opposition zeigte. Außenpolitische Kontroversen um Menschenrechtsverletzungen des Eyadéma-Regimes belasteten das Verhältnis zu Togo. Nicht zuletzt der anhaltend hohe Zufluß von Entwicklungshilfe, bedingt durch den „Demokratisierungsbonus“, trug zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung bei.

Innenpolitik

Benin, das mit der Nationalkonferenz von 1990 den Demokratisierungsprozeß im frankophonen Afrika eingeleitet hatte, galt seitdem als politisches Vorbild für andere afrikanische Länder. Mit den, auch nach dem Votum internationaler Wahlbeobachter, weitgehend fair und frei ablaufenden dritten **Parlamentswahlen** seit 1990 blieb das Land diesem Ruf treu. Der Tod des Präsidenten der Nationalkonferenz und geistigen Ziehvaters des Beniner *renouveau démocratique*, Erzbischof Isidore de Souza, am 13.3. mochte vielen Wählern und Politikern ein Ansporn gewesen sein, sein geistiges Erbe zu ehren. Sowohl der Wahlkampf als auch die Wahlen selbst, am Dienstag den 30.3., verliefen ohne größere Zwischenfälle; der Wahltag war vom Sonntag, den 28.3., auf den Dienstag verlegt worden, um den religiösen Feiertag zu respektieren. Insgesamt stellten sich 2 905 Kandidaten aus 112 Parteien, die sich zu etwa 35 Wahlbündnissen zusammengeschlossen

hatten, zur Wahl. Die relativ **hohe Wahlbeteiligung** von 73% der insgesamt 2,7 Mio. registrierten Wähler zeugte von deren anhaltendem Interesse am politischen Prozeß, der insgesamt transparenter verlief als bei den vorhergehenden Parlamentswahlen (März 1991 und 1995). So konnten die Wähler dieses Mal, nur mit einem einzigen Wahlzettel statt mit Dutzenden (für jede Koalition ein extra Zettel) konfrontiert, leichter den Überblick über die immerhin noch ca. 35 Parteienbündnisse behalten, die nun mit ihren Symbolen auf dem Wahlzettel aufgelistet waren. Die unabhängige *Commission Electorale Nationale Autonome* (CENA), die seit 1995 für die Überwachung der Wahlen zuständig war, sorgte für einen weitgehend ordnungsgemäßen Ablauf, unterstützt von 21 000 offiziellen Wahlhelfern, die zuvor über ein von den U.S.A. mitfinanziertes Fortbildungsprogramm geschult worden waren. Auch die Medien, inklusive privater Radiostationen, die von einigen Nicht-Regierungsorganisationen zur politischen Willensbildung genutzt wurden, spielten eine wichtige Rolle bei der Werbung für einen fairen Wahlkampf. Wie erwartet, resultierte die Wahl in einem Kopf-an-Kopfkampf der fünf größten Parteien, repräsentiert durch die Regierungskoalition *Confédération des forces Démocratiques* (CFD; FARD-Alafia, PSD, MADEP, etc.) einerseits, sowie der gegenüber 1995 wesentlich erstarkten Opposition (RB, PRD, etc.) anderserseits. Die Opposition erlangte mit 42 Sitzen in der Nationalversammlung einen hauchdünnen Sieg über die Koalition der „Kérékisten“, die mit 41 Sitzen im 83-köpfigen Parlament vertreten waren.. Als weitaus stärkste einzelne Partei profilierte sich die *Renaissance du Bénin* (RB) des ehemaligen Staatschefs Nicéphore Soglo und seiner Frau Rosine, die gegenüber 1995 sieben Abgeordnete dazu gewann (27 Sitze). Auch der zweite Platz ging an eine Oppositionspartei, die *Parti de renouveau démocratique* (PRD) Adrien Houngbédjis (11 Sitze), die signifikante Einbrüche in ihrem angestammten Wahlrevier in der Ouémé-Provinz hinnehmen mußte, wo die „Kérékisten“, vor allem vertreten durch die im November 1997 gegründete MADEP des einflußreichen Geschäftsmanns Séfou Fagbohoun, ihr sieben Abgeordnetensitze abnahmen. Dies galt als ein Indiz dafür, daß die traditionellen regionalistischen politischen Bindungen nicht mehr in dem gleichen Maße wie früher wahlbestimmend waren. Die FARD-Alafia (10 Sitze), welche ihrem Landsmann Kérékou seit den Präsidentschaftswahlen bedingungslose Treue gehalten hatte, konnte mit anhaltender Unterstützung der Bevölkerung der nördlichen Departements Atacora und Borgou rechnen. Der pro-Soglo Koalition, die viele Wähler als Vertreter des Südens (Atlantique, Mono, Zou) ansahen, gelang es aber trotzdem, in diesem Wahlgang immerhin fünf der 25 Parlamentssitze des Nordens für sich zu gewinnen. Ganz im Gegensatz zum benachbarten Togo, bestätigte das Verfassungsgericht Mitte April einmal mehr seine unparteiische Rolle als effektive Dritte Gewalt im Staate durch schonungslose Offenlegung und Korrektur von Unregelmäßigkeiten des Wahlprozesses, die aber das Gesamtergebnis nicht beeinflussen.

Frauen waren im Parlament auch diesmal mit nur 5 weiblichen Abgeordneten weit unterrepräsentiert; gleiches galt für die im Juni gebildete neue Regierung, unter deren 19 Kabinettsmitgliedern sich nur zwei Frauen befanden. Immerhin stand an der Spitze des

Verfassungsgerichtes und der Generalstaatsanwaltschaft eine Frau.

Anhaltende Streitigkeiten innerhalb der Parteien und Koalitionen während des ganzen Jahres führten zur weiteren **Zersplitterung der Parteienlandschaft**, die Ende November auf die kaum noch überschaubare Zahl von 118 Parteien angestiegen war. Ständig wechselnde politische Bündnisse versuchten die betroffenen Politiker mit dem französischen Prinzip der *cohabitation forcée*, bzw. der *alternance* zu legitimieren, in Wirklichkeit verwiesen sie aber auf das **Primat reiner Machtpolitik** gegenüber inhaltlicher politischer Orientierung. Dies wurde im Dezember bei der Beratung des Haushaltsgesetzes 2000 im Parlament besonders deutlich, dessen Verabschiedung die Opposition aus sachfremden Gründen des Machtpokers torpedierte. Ein enger Vertrauter und Kampfgefährte Kérékou, Colonel Maurice Kouandété beschuldigte daraufhin am 15.12. den Parlamentspräsidenten Houngbédji, heimlich eine „Palast-Revolution“ initiieren zu wollen. In ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Kérékou-Regierung überbrückten auch alte politische Gegner ihre Gegensätze. So stimmten die RB Soglos, Houngbédjis PRD sowie sieben kleinere Parteien Ende April für Adrien Houngbédji als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten und setzten sich gegenüber den von der Regierung favorisierten Bruno Amoussou durch. Damit wiederholte sich ein politisches Machtspiel, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Der Führer der PRD, der 1996 aus Machthunger eine Allianz „wieder die Natur“ mit den „Kérékisten“ eingegangen war, um Ministerpräsident zu werden, und sich nach jahrelanger Demütigung durch seinen Seniorpartner 1998 wieder auf die Oppositionsbänke zurückgezogen hatte, nahm Revanche an Amoussou, der vier Jahre zuvor, damals als Oppositionsangehöriger, in einem analogen Schachzug, ebenfalls mit Unterstützung der RB, Houngbédji aus dem Amt des Parlamentspräsidenten gejagt hatte.

Nachdem im Mai sechs Minister die Kérékou-Regierung zur Wahrnehmung ihres Abgeordnetenmandates verließen, sah sich der Staatspräsident genötigt, eine **neue Regierung** (22.6.) zu bilden, in der der Führer der PSD, Bruno Amoussou, mit einem Super-Ministerium für Wirtschaft und Planung und der Beförderung zum Staatsminister belohnt wurde. Der alte Planungsminister, Albert Tévoédjrè, zog sich, frustriert durch den Parteiausschluß aus seiner eigenen ehemaligen Partei, *Notre Cause Commune* (NCC), im Februar 1998 aus der Parteipolitik zurück und nahm einen Posten als Programmdirektor der VN an. Insgesamt waren zehn Parteien aus der Regierungskoalition im 19-köpfigen neuen Kabinett vertreten. 12 Minister behielten ihren alten Posten, darunter - in Schlüsselpositionen - drei der alten Kameraden von Ex-General Kérékou aus der Zeit des marxistisch-leninistischen Einheitsregimes (1972-89): Pierre Osho (Verteidigung), Daniel Tawéma (Inneres) und Ousmane Batako (Öffentliche Verwaltung). Das Landwirtschaftsministerium ging an Théophile Nata, den ehemaligen Innenminister aus Kérékous erstem Kabinett, der ebenso wie Kérékou aus dem Atacora stammte. Damit bestrafte Kérékou die Borgou-Mitglieder der Regierungskoalition, die gegen Amoussou als Parlamentspräsidenten gestimmt hatten und das Ressort Landwirtschaft, welches

besonders großen Einfluß auf die Vergabe von Entwicklungshilfe hat, von je her als *chasse gardée* der relativ reichen, auf Baumwolllexport ausgerichteten Borgou-Provinz ansahen. Mit dem Ausschluß der im Borgou verankerten beiden Parteien *CAR Dunya* und *Alliance Etoile* (AE) aus der Regierungskoalition besaßen deren sieben Abgeordnete nunmehr die Funktion des Züngleins an der Waage bei Streitfragen zwischen Regierung und Opposition. Dementsprechend verhalfen sie letzterer auch zur Kontrolle über die beiden wichtigsten parlamentarischen Kommissionen „Finanzen“ und „Recht“, die eine strategische Rolle bei der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen besaßen.

Offiziell führte die Regierung Kérékou ihre mit dem Amtsantritt 1996 begonnene Kampagne gegen **Korruption** fort mit der Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes im Juli, gemäß dem in den Jahren 1996-99 insgesamt F CFA 70 Mrd. (\$ 113 Mio.) öffentlicher Gelder in verschiedenen Ministerien durch überhöhte Rechnungen, Einstellung nicht benötigter Mitarbeiter, Geldtransfer auf Privatkonten im Ausland, etc. veruntreut wurden. Als Hauptübeltäter identifizierte der Bericht Mitarbeiter des Landwirtschafts- und Handelsministeriums, die entlassen und strafrechtlich verfolgt wurden. Weitere regierungsamtliche Berichte deckten 569 „Geister-Arbeiter“ auf den Lohnlisten des Staates sowie 242 fiktive Auftragsnehmer für Staatskontrakte auf und kamen zum Schluß, daß Korruption den öffentlichen Dienstes jährlich mindestens weitere 1 Mrd. F CFA kostet. Im September wurde bekannt, daß der ehemalige Staatsminister und persönliche Berater Kérékous aus der Zeit des Sozialismus, der *marabout* Amadou Cissé, der 1992 wegen der wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel in Höhe von ca. 300 Mio. FF zu zehnjähriger Haft verurteilt worden war, vorzeitig entlassen werden sollte. Nach in *Jeune Afrique* Ende September kolportierten Gerüchten bediente sich der Staatschef inzwischen der diskreten Dienste eines neuen *marabouts*, Cheik Doucouré.

Die **Dezentralisierungspolitik** der Regierung, ein besonderes Anliegen der Verfassung ebenso wie der internationalen Geber zur effektiveren Beteiligung der Bürger vor Ort am politischen Entscheidungsprozeß, stagnierte. Im Januar wurden zwar vier der fünf Gesetze des Dezentralisierungspakets, die inzwischen vom Parlament und vom Verfassungsgericht gebilligt worden waren, vom Staatschef abgezeichnet und damit geltendes Recht. Das fünfte Gesetz zur Regelung des Kommunalwahlrechts, das das Verfassungsgericht zur erneuten Beratung an das Parlament zurückgewiesen hatte, sah die Mehrheit der Abgeordneten, die schon versuchte, sich im Hinblick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen (März 2001) zu positionieren, augenscheinlich nicht als prioritär an, obwohl die Verfassungsrichter eine abschließende Beratung bis Ende Juli gefordert hatten. Die eigentlich für den Herbst vorgesehenen Kommunalwahlen mußten daher mangels gesetzlicher Grundlage auf das nächste Jahr verschoben werden. Dadurch wurde immer offensichtlicher, daß die von der Verfassung geforderte politische Macht- und Entscheidungsdezentralisierung die Volksvertreter wenig interessierte, bzw. eher als ein Werkzeug zur Durchsetzung obskurer Partikularinteressen instrumentalisiert wurde.

Im Vergleich zu den benachbarten Ländern war die **Menschenrechtslage** in Benin entspannt. Sorgen bereiteten weiterhin rechtsradikale „Bürgerwehren“ (*vigilants*), die besonders in den südlichen Departements Mono und Couffo offen die Lynchjustiz als Mittel zur Bekämpfung zunehmender Kriminalität propagierten, für die sie überwiegend Ausländer aus Nigeria, Ghana und Mali verantwortlich machten. Allein zwischen März und Oktober sollen 30 dieser lokalen Milizen mit etwa 1000 Mitgliedern über 100 zumeist auf frischer Tat ertrappte Diebe, inklusive einen Dorf-Bürgermeister, gelyncht haben. Die unabhängige Beniner Menschenrechtsliga (*Ligue pour la défense des droits de l'homme*, LDH), beschuldigte die Regierung sowie lokale Partei- und Gewerkschaftsvertreter, die Milizen zu ermutigen oder zumindest taktisch zu tolerieren. Der Staat begegnete dieser Anschuldigung im Oktober mit der Aufstockung der Polizeipräsenz durch Militärs in dieser Region. Einer der Rädelsführer der Bürgerwehren in Lokossa, der selbsternannte Colonel Civil Dévi, forderte daraufhin seine Anhänger auf, die gefangenen Kriminellen den Sicherheitsbehörden zu überstellen und nicht mehr selbst zu richten; im November lieferten die Milizen etwa 150 weitere angebliche Banditen an die Sicherheitsbehörden aus. Die im Mai gegründete unabhängige Medien-Überwachungskommission *Observatoire de la Déontologie et de l'Éthique dans les Médias* (ODEM) bestand im September ihre erste Bewährungsprobe mit der Anprangerung eines Presseskandals, in dem es um die Bestechung Beniner Journalisten durch Eyadéma für eine Eyadéma-freundliche Berichterstattung ging. Nach der Veröffentlichung eines regimekritischen *ai*-Reports über staatlichen Terror in Togo (5.5.), der u. a. auf Beniner Zeugenaussagen über angeschwemmte Leichen gefolterter togoischer Regimegegner an Beniner Stränden beruhte (s. Togo-Länderartikel), hatten augenscheinlich von Eyadéma bezahlte Beniner Journalisten gegenteilige Berichte geschrieben, während die LDH nach eigenen Recherchen, den *ai*-Bericht in diesem Punkt am 19.7. nur bestätigen konnte. Die seit dem Exodus von 1993 noch in Benin verweilenden ca. 1 500 togoischen Flüchtlinge wurden vom UNHCR am 21.10. nach Kpomassé im Department Atlantique verlegt, weil im alten Lager von Comè, nahe der togoischen Grenze, deren Sicherheit vor Übergriffen togoischer Geheimdienste nicht mehr als gewährleistet galt.

Außenpolitik

Die kontroversen Stellungnahmen Beniner Medien und Organisationen zu den *ai*-Anschuldigungen staatlich sanktionierten Terrors gegen Regimegegner in Togo belasteten die Beziehungen zu **Togo**. Auch die Stellungnahmen der staatlichen Menschenrechtskommission (*Commission Béninoise des Droits de l'Homme*, CBDH) sowie des Verteidigungsministers Pierre Osho, die die *ai*-Vorwürfe bestritten, halfen wenig, die diplomatischen Wogen zu glätten. Dies um so weniger, als sich die Beniner Regierung im Dezember, in offenem Wettstreit mit dem von der EU wegen seiner Menschenrechtsverletzungen geächteten Togo, um eine Verlegung des Tagungsortes der

Unterzeichnung des Folge-Abkommens der AKP-Staaten mit der EU im Juni 2000 von Lomé nach Cotonou bewarb. Im Februar beteiligte sich Benin, zusammen mit anderen überwiegend frankophonen westafrikanischen Staaten (Togo, Niger, Mali und Gambia) mit einem kleinen Kontingent an der ECOMOG-Truppe zur Konfliktschlichtung in Guinea-Bissau, die sich aber weitgehend auf Beobachtungsaufgaben beschränkte (s. Länderartikel Guinea-Bissau). Kérékou verurteilte die Ermordung des nigrischen Staatspräsidenten Ibrahim Baré Maïnassara im Rahmen des Militärputsches im April. Zumindest die Beniner Presse begrüßte allerdings mehr oder weniger offen den Militärputsch gegen Bédié in der Côte d'Ivoire im Dezember.

Sozioökonomische Entwicklung

Die Wirtschaft verzeichnete mit einem realen **Wachstum** des BIP von 5% (0,5% mehr als im Vorjahr) eine relativ stabile Entwicklung. Die Inflationsrate bewegte sich im Jahresdurchschnitt unter 1% und erfüllt somit das diesbezügliche Konvergenzkriterium der UEMOA (< 3%). Als eines der ärmsten Länder der Welt war Benin allerdings noch weit davon entfernt, die Vorgaben hinsichtlich des Anteils der intern finanzierten Investitionen des Staatshaushaltes (Konvergenzkriterium: über 20%) zu erfüllen; immerhin gelang es, die Rate gegenüber dem Vorjahr von 8,2% auf 11,2% zu erhöhen. Der **Staatshaushalt** 1999 wurde nach kontroversen Diskussionen u. a. um die Anschaffung eines neuen Präsidenten-Flugzeugs am 9.1 vom Parlament verabschiedet. Das Haushaltsgesetz ging von einem Haushaltsdefizit von F CFA 28,9 Mrd. oder 2% des BIP aus, was gegenüber den Vorjahren (1997: 4,8%) eine signifikante Verbesserung darstellte. Der IWF honorierte diese Stabilitätsbemühungen nur zwei Tage später mit der Freigabe einer weiteren ESAF-Tranche (SDR 9 Mio. od. \$ 13) des dreijährigen Strukturanpassungskredites in Höhe von SDR 27,2 Mio. (August 1996 - August 1999) und machte dadurch den Weg frei für andere multi- und bilaterale Geber. Den Gesetzesentwurf für den Staatshaushalt 2000 brachte die Regierung bereits am 13.10. im Parlament ein. Er legte einen Schwerpunkt auf eine Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteils der staatlichen Investitionen auf 16,5% des BIP bei einem ausschließlich extern finanzierten geplanten Haushaltsdefizit von F CFA 124,5 Mrd. Die Opposition blockierte das Haushaltsgesetz überwiegend aus taktischen parteipolitischen Gründen und zwang den Staatschef somit, ähnlich wie die Opposition unter der Soglo-Regierung (1991-96), durch Haushalt-Dekret zu regieren, eine Praxis, die zwar von der Opposition kritisiert wurde, jedoch durch entsprechende Rechtsprechung des Verfassungsgerichts abgesichert war.

Um besser von den erwarteten regionalen Wachstumsimpulsen des großen nigerianischen Marktes profitieren zu können, kündigte Industrieminister John Igué im Oktober die Einrichtung einer **zollfreien Industriezone** ab 1.1.2000 in Cotonou an, die er euphemistisch mit Vorschußlorbeeren bedachte („Honkong oder Singapur Nigerias“).

Angesichts des florierenden informellen Handels (Schmuggels) zwischen Nigeria und Benin war die von der UEMOA beschlossene Einführung eines einheitlichen Außenzollsatzes (TEC) von 20% ab 1.1.2000 zumindest an der durchlässigeren Ostgrenze kaum durchführbar. Da **Nigeria** für die meisten Beniner Unternehmer eine ungleich größere Bedeutung einnahm als die UEMOA, galt Benin in Bezug auf die Umsetzung entsprechender Beschlüsse der UEMOA zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes als Achillesferse einer effektiven Regionalintegration des frankophonen Westafrika.

Die **Entwicklungshilfe** der internationalen Gebergemeinschaft zehrte weiterhin vom „**Demokratisierungsbonus**“ für Benin. So bewilligte Frankreich im Juli je 3 Mrd. F CFA für Straßenbau und ländliche Entwicklung in den Baumwollanbaugebieten des Nordens, Deutschland im August im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit (KfW) F CFA 6 Mrd. für den Bau der lang ersehnten dritten Brücke über die Lagune von Cotonou und für ländliche Wasserversorgung, die USA im September F CFA 10 Mrd. für Ausbildung und Gesundheit, die EU \$ 39 Mio. für Straßenbau im Norden und der *African Development Fund* \$ 16,4 Mio. für ein ländliches Entwicklungsprojekt in der Ouémé-Provinz im Südosten. Im Dezember bewilligte die IDA/Weltbank einen Kredit zur Förderung der Privatwirtschaft in Höhe von umgerechnet \$ 30,4 Mio. Die von den Gebern geforderte **Privatisierung** von Staatsunternehmen schritt nur schleppend voran, nicht zuletzt, weil die betroffenen einflußreichen Gewerkschaften einen Abbau von Arbeitsplätzen befürchteten. Durch mehrere **Streiks** im Frühjahr und Herbst demonstrierten die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ihre Stärke. Immerhin konnte zur Jahreswende 1998/99 die *Société Nationale de Commercialisation des Produits Pétroliers* (SONACOP) weitgehend privatisiert werden, indem das Unternehmen *La Continentale* des reichen Beniner Geschäftsmanns Séfou Fagbohoun, dem enge Verbindungen zum Staatschef nachgesagt wurden, 55% der SONACOP-Anteile übernahm. Im Frühjahr fand die Regierung auch für die chronisch defizitäre, seit 1990 geschlossene *Société Sucrière de Savé* (SSS) einen privaten mauretanischen Investor (*Mon Loisir*). Die ebenfalls zur Privatisierung anstehende *Société Nationale pour la Promotion Agricole* (SONAPRA), die für die Baumwollvermarktung verantwortlich war, litt nicht nur unter den fallenden Weltmarktpreisen für Baumwolle (1997: 79 cents/lb; 1999: 57 cents/lb), sondern auch unter im August aufgedeckten Korruptionsskandalen. Bereits Mitte Juni hatten die Baumwollbauern nur 5% statt der zu dieser Jahreszeit üblichen 20-25% der Baumwollfelder eingesät, weil die SONAPRA ihnen noch Geld aus der letzten Saison schuldete. Der Baumwollankauf, der normalerweise Anfang November beginnt, konnte dieses Jahr selbst einen Monat später wegen akuter Liquiditätsengpässe der Gesellschaft noch nicht anlaufen. Im September trat Benin als 63. Mitglied der Internationalen Organisation der Kaffee-Produzenten (ICO) bei und bekundete damit seinen Willen, den Kaffee-Sektor, der jahrelang vernachlässigt worden war, wieder zu beleben. Im Oktober unterzeichnete die Regierung außerdem einen Vertrag mit Zetah Oil zur Rehabilitierung der Erdölförderung in den Sémé-Ölfeldern vor der Beniner Küste, die seit 1998 wegen Ineffektivität und niedriger Weltmarktpreise still lagen. Auch im

Telekommunikationssektor bahnte sich eine kleine Revolution an mit der Vergabe eines \$ 60 Mio. Kontraktes an ein französisch-amerikanisches Konsortium unter Leitung von Alcatel/Titan zum Aufbau eines neuen festen und mobilen Telekommunikationsnetzwerkes inklusive Glasfaserkabel- und Sattelitenkommunikationsnetzen in der Küstenregion bis hin nach Bohicon und Abomey in der Zentralregion.

Im November wurde im Hafen von Cotonou ein **neuer Ölterminal** eingeweiht, der die aktuelle Lagerkapazität von 90.000 qm auf 145.000 qm erweiterte und nicht nur dem Inlands- sondern auch dem Transithandel mit Niger, Burkina Faso und Mali dienen sollte.

Dirk Kohnert

Chronologie Benin 1999

- 9.1. Staatshaushalt verabschiedet; IWF nimmt ESAF-Kredite wieder auf
- 13.3. Erzbischof Isidore de Souza, Gründungsvater der Beniner Demokratisierung, gestorben
- 30.3. Parlamentswahlen
- 22.6. Regierungsumbildung
- Juni BBC nimmt, als zweiter ausländischer Sender neben RFI, französischsprachige Sendungen in Cotonou auf
- Juli Verfassungsgericht weist Kommunalwahlgesetz zur erneuten Überprüfung an das Parlament zurück
- September über 100 Diebe durch Selbstjustiz von Bürgerwehren extra-legal hingerichtet